

Unterägeri: Neue Jugendräume

In Unterägeri fehlen seit 2006 Räume, in welchen sich Jugendliche treffen und einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen können. Diese Lücke wird nun beim neuen Werk- und Ökihof gefüllt. Es steht einer Gemeinde mit über 8000 Einwohner, welche einen grossen Familienanteil hat, gut an, für die Jugendlichen sinnvolle Freizeitmöglichkeiten anzubieten. Dies trägt dazu bei, dass die unter 16-jährigen sich in Beizen

aufhalten oder Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrem Lärm stören. Wir von der Jugendarbeit Ägerital freuen uns auf die neuen Räume und sind zuversichtlich, dass die Stimmberechtigten mit einem Ja zum Kredit den Neubau Werkhof, Ökihof, Erweiterung Feuerwehrgebäude, Räumlichkeiten für Senioren, Jugendliche und Vereine unsere Arbeit unterstützen.

Judith Odermatt, Unterägeri

Kredit deckt sieben Bedürfnisse ab

Am 19. Juni 2011 stimmen die Stimmberechtigten über einen Kredit für den Neubau Werkhof, Ökihof, Erweiterung Feuerwehrgebäude, Räumlichkeiten für Senioren, Jugendliche und Vereine ab. Im Vorfeld ist zu hören, dass der Kredit von Fr. 21.3 Millionen für einen neuen Werkhof sehr hoch ist – vor allem in Anbetracht dessen, dass Menzingen ein gleiches Projekt für sieben Millionen Franken errichten kann. Wir Mitarbeitende des Werkhofes und jene des Ökihofes können diese Argumentation nicht nachvollziehen. In Unterägeri wird nicht

nur ein neuer Werkhof gebaut. Der Kredit beinhaltet auch den Neubau des Ökihofes. In Zukunft können die vielen Besucher – bis zu 300 Personen an einem Tag – ihren Abfall geschützt vor dem Regen entsorgen. Daneben wird zusätzlich das Feuerwehrdepot erweitert und Unterägeri erhält endlich Räume für unsere Jugendlichen. Wir freuen uns darauf, endlich nicht mehr ständig mit unseren Maschinen durch den überlaufenden Ökihof fahren zu müssen und somit unserer Arbeit effizienter nachgehen zu können.

Urs Muff, Unterägeri

Nein zur Abstimmung in Unterägeri

Neubau Werkhof und Ökihof. Meine lieben Herren Gemeinderäte. Auf leisen Sohlen kommt ihr 20 Tage vor der Abstimmung mit einer Informationsbroschüre und verlangt von den Stimmbürgern in Unterägeri, dass sie über ein Projekt von 21'289'000 Franken entscheiden. Warum diese zurückhaltende Informationspolitik? Bei der Erstellung der Ägerihalle zum Beispiel wurde einiges früher und offensiver informiert. Die wenigen Informationen sagen dennoch etwas aus, nämlich dass es für sehr viel Geld sehr wenig gibt! Diese Rechnung geht nicht auf. Mit der Ägerihalle, dem Bäderprojekt, den vergoldeten Pflastersteinen im Dorf etc., bewegt sich die Gemeinde Unterägeri schon am Rande ihrer finanziellen Möglichkeiten. Nun will sie sich noch eine goldene Büchsenentsorgungsanlage leisten. Es sei da-

rauf hingewiesen, dass all die grossen Projekte nur dank des bis anhin sehr grossen Zustupfs aus dem kantonalen Finanzausgleich finanziert werden konnten. Wir dürfen die Zukunft nicht mit diesem Geld planen. Ich erinnere dabei an die soeben im Kantonsrat behandelte Steuerrevision; Unterägeri wird mehrere Millionen weniger aus diesem Topf erhalten als bisher. Investitionen in die Infrastruktur einer Gemeinde sind grundsätzlich für alle nützlich und wünschenswert, nicht aber, wenn sie in einen Bauwahn ausarten. Ich will nicht, dass Unterägeri wie damals Leukerbad an den durch den Gemeinderat vorangetriebenen Luxusbauten Pleite geht. Der Souverän ist dazu aufgerufen, korrigierend einzuwirken und ein Nein in die Urne zu legen.

Thomas Werner, Unterägeri

Unterägeri hat seine Finanzen im Griff

Einzelne besorgte Stimmberechtigte von Unterägeri fragen sich, ob der Kredit von 21.3 Millionen Franken für den Neubau Werkhof, Ökihof, Erweiterung Feuerwehrgebäude, Räumlichkeiten für Senioren, Jugendliche und Vereine nicht zu hoch ist und ob sich die Gemeinde dies leisten kann. Pessimisten gehen davon aus, dass unsere Gemeinde in der nächsten Zeit wegen der schlechten Wirtschaft und der Revision des Steuergesetzes weniger Finanzausgleich erhält. Sie sprechen von Millionen, welche nicht mehr nach Unterägeri fliessen. Der Wirtschaft des Kantons Zug geht es wie eh und je gut, so dass auch die Steuerverwaltung davon ausgeht, dass die Steuereinnahmen der natürlichen Personen nicht oder nur minim zurückgehen werden. Der Kanton Zug und damit auch Unterägeri ist nach wie vor ein äusserst attraktiver Wohnort, Zuzüge und damit grösseres Steueraufkommen sind absehbar. Die Mindereinnahmen bei den juristischen Personen auf Grund der Steuerge-

setzrevision werden ebenfalls nicht dramatische Ausmasse annehmen, die Gesetzesvorlage wurde der aktuellen Wirtschaftslage entsprechend vernünftig abgefasst. Deshalb von einigen Millionen zu sprechen, welche Unterägeri in Zukunft fehlen werden, ist absolut übertrieben und kann nicht belegt werden. Dank der letzten guten Jahre konnten hohe zusätzliche Abschreibungen gemacht und die Verschuldung abgebaut werden, was den Finanzhaushalt unserer Gemeinde in den nächsten Jahren stark entlasten wird. Gerade weil der Gemeinderat vorausblickend geplant hat, kann sich die Gemeinde den Neubau von Werkhof, Ökihof, Erweiterung Feuerwehrgebäude, Räumlichkeiten für Senioren, Jugendliche und Vereine leisten. Ein Kredit von Fr. 21.3 Mio. welcher verschiedensten Nutzergruppen unserer Gemeinde und im Zusammenhang mit dem neuen Ökihof allen Einwohnern zu Gute kommt.

Josef Ribary, Unterägeri

CVP hat nominiert

KANTON Peter Bieri und Gerhard Pfister sollen es richten

An ihrer Nominationsversammlung im Casino Zug hat die CVP des Kantons Zug Ständerat Peter Bieri nominiert. Für den Nationalrat wurden die Kandidaten bestimmt, angeführt vom bisherigen Nationalrat Gerhard Pfister.

PD/DK - Der Hünenberger Peter Bieri (1952) soll nochmals für vier Jahre als Ständerat für den Kanton Zug nach Bern. Er ist seit 1995 im Ständerat und präsierte diesen im Jahre 2007. Mit seiner Erfahrung will er sich weiterhin für die Interessen unseres Landes und unseres Kantons einsetzen. Auch Nationalrat Gerhard Pfister (1962) soll die CVP des Kantons Zug weiter in Bern vertreten. Gerhard Pfister will sich gerne vier weitere Jahre dafür ein-

setzen, dass Zug auch in Bern vorne bleibt.

Weitere Kandidaten

Neben Gerhard Pfister wurde Monika Barmet (1961) aus Menzingen, Christine Blättler-Müller (1967), Christian Schnieper (1978), Zug und Dominik Schwerzmann (1972) aus Zug nominiert.

CVP auf Kurs

Mit dieser Mischung aus erfahrenen Politikern und jungen Neueinsteigern will die CVP des Kantons Zug in den kommenden Wahlen erfolgreich sein. Die Delegierten gaben der Parteileitung den Auftrag die Listengestaltung in Absprache mit den nominierten Kandidaten selber vorzunehmen. Mit dem beschlossenen Vorge-

hen besteht die Möglichkeit einen Kandidaten allenfalls doppelt aufzuführen. Andernfalls können die Listen mit noch einer weiteren geeigneten Persönlichkeit ergänzt werden.

Obergericht

Bei der Ersatzwahl ins Obergericht wurde Peter Huber (1961) aus der Stadt Zug nominiert. Peter Huber ist seit 1995 Kantonsrichter, ab 1997 Vorsitzender der 2. Abteilung des Kantonsgerichtes. Seit 2001 ist er Mitglied der Geschäftsleitung. Die CVP ist erfreut einen bestens qualifizierten Kandidaten nominiert zu haben. Die CVP des Kantons Zug ist bestens für die kommenden Wahlen am 23.10.11 gerüstet und gewillt mit einem engagierten Wahlkampf auch zum Erfolg zu kommen.

Bildungsziele und Schulnoten

AGP «Kantonsrat diskutiert derzeit über zwei Vorlagen»

Zurzeit diskutiert der Kantonsrat zwei Initiativen rund um die Wiedereinführung der Schulnoten in der ersten bzw. in der zweiten Klasse der Primarschule. Beide Vorlagen sind in der ersten Lesung abgelehnt worden. Nun kommen beide Vorlagen vor das Volk.

Von Peter Wyss

Ich erhoffe mir, dass in die künftige Diskussion wieder vermehrt die wesentliche Forderung von Bildung ins Zentrum gerückt wird: Bildung muss die Balance finden zwischen Förderung der individuellen Fähigkeiten der Schüler und dem Vermitteln der Einsicht, dass eigenes Tun oder Nicht-Tun mit Konsequenzen verbunden ist. Das bedeutet, dass der Förderung der Sozial- und Selbstkompetenz grosse Bedeutung zukommt, denn die kommende Generation muss sich vielfältigen, komplexen Aufgaben stellen können: Gesellschaftliche Umwälzun-



Bild: z.v.g.

Peter Wyss, Unabhängig Grünes Forum Hünenberg

gen, Migrationsströme, Verteilungsproblematik, knapp werdenden Ressourcen, ökologische Herausforderungen sind einige Stichworte in einer sich schnell verändernden Welt. Es ist bedauerlich, dass in der politischen Diskussion um Harmo-

(Ablehnung im Kt. Zug in der Volksabstimmung vom 27.09.2009) die Verlängerung der obligatorischen Schulzeit auf elf Jahre mit Einführung einer Vorschule oder Eingangsstufe anstelle des bisherigen Kindergartens ins Zentrum gestellt wurde. Die wesentliche Forderung, dass vermehrt Lernmethoden und Recherchefertigkeiten gelernt werden anstatt des Paukens von Faktenwissen ging unter. Auch die gescheiterte Innovationsschule Zug hatte den umfassenden und nachhaltigen Erwerb von persönlichen und zwischenmenschlichen Kompetenzen zum Ziel. Allen Heranwachsenden - unabhängig von ihrer Herkunft - sollte mit Unterstützung durch Bildung und Erziehung ermöglicht werden, diejenigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, die sie zur Bewältigung ihres Lebens in der heterogenen Gesellschaft benötigen. Diese Bildungsziele gilt es zu erreichen. Die Frage nach dem Beginn der Schulnoten ist sekundär.

Volksinitiative «Wohnen in Zug für alle»

SP Zahlbarer Wohnraum soll geschaffen, gefördert und erhalten werden

am vergangenen Wochenende begann die Unterschriftensammlung für die von der SP der Stadt Zug aus der Taufe gehobene und von einem überparteilichen Initiativkomitee mitgetragene Volksinitiative «Wohnen in Zug für alle».

Von Urs Bertschi

Zug ist einer der beliebtesten Wohnorte in der Schweiz. Dies nicht nur dank tiefen Steuern, sondern auch wegen der guten Infrastruktur, der Überschaubarkeit und der reizvollen Landschaft. Zudem ist Zug ein attraktiver Wirtschaftsstandort, der vor allem Leute mit hoher Kaufkraft anzieht. Die hohe Nachfrage lässt aber die Bodenpreise explodieren, treibt die Preise für Miet- und Eigentumswohnungen in exorbitante Höhen. So ist es selbst für die Mittelschicht schwierig, in Zug eine erschwingliche Wohnung zu finden. Viele können sich Zug gar nicht mehr leisten und sind gezwungen,



Bild: ZW-Archiv

Urs Bertschi, SP Stadt Zug

ihre Stadt zu verlassen. Unlängst beklagten selbst alt Regierungsrat Georg Stucki oder der ehemalige Direktor der Zuger Kantonalbank, Jost Grob, die entfesselten Zustände auf dem Zuger Mietwohnungs- und Liegenschaftsmarkt. «Wohnen in Zug

für alle» schafft die Grundlage dafür, dass alle Bevölkerungsschichten weiterhin bei uns Platz haben. Sie weist die Stadt an, dafür zu sorgen, dass zahlbarer Wohnraum erhalten, geschaffen und gefördert wird. Es sollen Wohnbaugenossenschaften und andere gemeinnützige Bauträger bei der Landbeschaffung unterstützt werden. Zudem sollen diese Institutionen finanzielle Zuschüsse für die Erstellung und die Renovation von preisgünstigem Wohnraum erhalten. Wie diese verbindlichen Ziele umzusetzen sind, soll die Politik schliesslich selber bestimmen. Die Lebensqualität von Zug steht und fällt mit einem gesunden «Bevölkerungsmix». Ohne genügend zahlbaren Wohnraum muert unsere Stadt aber zum Mekka der gut Betuchten aus aller Welt! Die Volksinitiative wird dazu beitragen, dass die «Einheimischen» weiterhin in ihrer Stadt wohnen können. Wer Zug erhalten will, muss auch Zuger halten!